

Schwedter Tageblatt

Veröffentlichungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung an der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein besonders.



Postfachkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Unterhaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluss der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 55

Montag, den 5. März 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Unter Teilnahme des Reichspräsidenten fand am Sonntag im Reichstag eine Toten-Gedenkfeier statt.
— Reichswehrminister Groener behandelte im Haushaltsausschuß des Reichstags in längerer Rede das Zusammenwirken von Heer und Flotte.
— Im Plenum des Reichstags leitete Minister Dr. Curtius die Beratung des Etats seines Ministeriums mit einer Rede über die deutsche Wirtschaftspolitik ein.
— Am Montag trat der Völkerbundsrat in Genf zu seiner 49. Sitzung zusammen.
— Die Werke der Berliner Metallindustrie sind am Sonnabend größtenteils stillgelegt worden.
— In Polen fanden am Sonntag Neuwahlen zum Landtag statt, denen in acht Tagen die Wahlen zum Senat folgen werden.
— Das französisch-spanische Langerabkommen ist in Paris paraphiert worden.
— Senat und Kammer in Frankreich haben die Zollnovelle angenommen.

Der Volkstrauertag in Berlin.

Würdige Ehrung der Gefallenen.

Das deutsche Volk im Reich, in Deutsch-Oesterreich und in den Kolonien fern der Heimat gedachte am letzten Sonntag der Toten und Gefallenen. Die Fahnen waren halbmast gehißt und die Kirchenglocken läuteten den Gefallenen landauf, landab ihren ehernen Gruß. In Berlin fanden sieben große Totenfeiern statt, während Flugzeuge mit Trauervimpeln über der Reichshauptstadt kreisten. Im Reichstag hatten sich Reichspräsident von Hindenburg, die Reichs- und Staatsregierung, Parlamentarier, die obersten Behörden der Stadt und der Kirche eingefunden, ferner eine Reichswehrabordnung mit 16 Fahnen der alten Armee. Nach kurzem ehrwürdigem Schweigen wurde die Gedenkfeier mit dem „Deutschen Gebet“ eingeleitet. Es folgten Darbietungen des Ersten Männergesangsvereins und Gebetreden des Präsidenten des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge Harrer Stiens und des Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes Dr. Kreuz. Beide Redner gedachten der Toten des Weltkriegs und fanden ehrende Worte für die gefallenen Söhne der deutschen Heimat, die nun in fremder Erde ruhen.

Pfarrer Stiens wies im weiteren Verlauf seiner Rede noch darauf hin, daß der Volkstrauertag noch immer nicht vor Entweihung geschützt sei, das deutsche Volk lasse es sich aber nicht nehmen, diesen Tag in Dankbarkeit und Treue denen zu weihen, die ihm alles gegeben hätten. Präsident Dr. Kreuz warf einen Rückblick auf die letzte große Heldenzeitalter und betonte, je mehr die Todesnot auf einer Nation wuchte, desto härter breche sich die Hoffnung Bahn und der Glaube an eine neue Auferstehung.

Trommelwirbel! Und dann erklang das Lied vom Kameraden, das draußen an den Fronten Erlebnis wurde und Inhalt bekam. Nach dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes fand die Gedenkfeier mit dem ersten Klängen des Trauermarsches aus dem Oratorium „Saul“ ihren Abschluß.

Eine neue Erklärung Gröners.

Der Reichswehrminister über die Lehren des Krieges.

Bei der Weiterberatung des Marine-Etats im Haushaltsausschuß des Reichstags kam es zu einer neuen ausgedehnten Debatte über den geplanten Neubau des Panzerschiffes „A“. Nach Ausführungen mehrerer Abgeordneter gab Admiral Zenker Auskunft über die bis 1932 aufgestellten Baupläne für den Panzerkreuzer und über die Verteilung der Arbeiten auf die beiden Werften Kiel und Wilhelmshaven, deren Aufrechterhaltung notwendig sei. Im weiteren Verlauf der Debatte nahm Reichswehrminister Groener noch einmal das Wort, um seine Stellung zur Flottenpolitik darzulegen. Er erklärte: „Ich will hier das ehrliche Geständnis ablegen, daß ich

unsere Vorkriegsflottenpolitik

für einen Fehler gehalten habe, nicht allein aus politischen Gründen, sondern in erster Linie aus militärischen, und ich verrate kein Geheimnis, wenn ich Ihnen mitteile, daß diese Ansicht im Großen Generalstab vorherrschend war. Der alte strategische

Grundsatz, daß man zur Entscheidung nicht stark genug sein kann, und die Überzeugung, daß die Entscheidung auf dem Lande fallen müsse, ist die Ursache dieser Einstellung des Generalstabes gewesen.

Der Minister berief sich auf das Zeugnis des Grafen Schlieffen und kennzeichnete die Auffassung beim Generalstab während des Krieges dahin: Bei einem weniger starken Ausbau der Flotte zugunsten des Landheeres hätten vermutlich die entscheidenden Armeekorps auf dem rechten Flügel der Marneeschlacht nicht gefehlt. Das möge dahingestellt bleiben, die Verantwortlichkeit gebiete aber, festzustellen, daß der vom militärischen Gesichtspunkt aus unverständliche Richtsinn der Flotte in der ersten Phase des Krieges mit der seiner Auffassung nach verfehlten Flottenpolitik nicht das geringste zu tun habe. Er sei vielmehr der Ansicht, daß die hervorragenden Leistungen der Flotte im Kriege nicht hoch genug anerkannt werden können und daß die Flotte im Rahmen des Möglichen alles getan hat, was man billigerweise von ihr verlangen konnte.“

Minister Groener beintete zum Schluss, nach diesem Glaubensbekenntnis werde man ihm Voreingenommenheit für die Flotte nicht vorwerfen können. Wenn er trotzdem aus vollster Überzeugung für das Panzerschiff eintrete, so geschehe das von militärischen Gesichtspunkten aus. Der Minister fuhr fort:

Der Vertrag von Versailles

läßt uns in der Frage „Land- oder Seemacht?“ gar keine Wahl. Selbst wenn wir kein einziges Schiff mehr auf See hätten, wäre uns nicht die geringste Verstärkung unseres Landheeres gestattet. Andererseits aber bedeutet eine im Rahmen des Versailler Vertrages modernisierte Flotte eine erhebliche Unterstützung für das Landheer. Ich gehe soweit, zu behaupten, daß die Flotte in einem der Konfliktfälle, wie ich sie in meinen Ausführungen zum Heeresetat als denkbar geschildert habe, und nur um solche kann es sich handeln, ein ganz entschiedenes Plus der Führung darstellt. In solchen Konfliktfällen gehören übrigens gerade Vorkommnisse, wie der Wilnafall und schließlich auch die Völkerbundsexekutive.

Die Eröffnung der Ratstagung.

Erörterung der St. Gotthard-Affäre am Dienstag? Ungarische Erwartungen.

Unter dem Vorsitz des Kolombiers Urutia wurde am Montag in Genf die 49. Tagung des Völkerbundrates eröffnet. Die Delegierten weilten größtenteils bereits am Sonntag in Genf. Chamberlain hatte seine Reise in Paris um mehrere Stunden unterbrochen, und sie dann nach einer Besprechung mit Briand fortgesetzt. Die Außenminister der Kleinen Entente hatten bereits im Laufe des Sonntags miteinander Fühlung genommen. Wie verläuft, dürfte sich der Rat mit der Waffenaffäre bereits am Dienstag in geheimer Sitzung befassen. Die ungarische Delegation rechnet mit der Anordnung einer Investigation gegen Ungarn, allerdings nicht in dem Umfang, wie sie von Seiten der Kleinen Entente angestrebt wird, wohl aber in der Form, daß eine aus Zollfachverständigen bestehende kleinere Kommission unter Führung eines Militärfachverständigen nach St. Gotthard entsandt wird.

Mussolini droht Oesterreich.

Die Rede in der Kammer. — Ankündigung neuer Unterdrückungsmaßnahmen in Südtirol. — Die Versprechungen der früheren Regierungen für nichtig erklärt!

Nach langem Zögern hat der italienische Ministerpräsident nun doch die Protestkundgebung des österreichischen Nationalrats gegen die Unterdrückung des Deutschturns in Südtirol beantwortet. Die Kammer war voll besetzt, ebenso war das diplomatische Korps fast vollständig erschienen. Die stille Hoffnung, Mussolini habe deshalb mit seiner Antwort gezögert, damit sich die Leidenschaften in Rom abkühlten, hat sich als trügerisch erwiesen! Mussolinis neue Rede ist so überheblich und anmaßend, daß die Erregung darüber in der deutschen Bevölkerung allgemein ist.

Mussolini leitete seine Rede mit den Worten ein, er habe sich Zeit zur Antwort genommen, weil er die Reden im Nationalrat erst im Wortlaut lesen und mit dem Gesandten in Wien besprechen wollte. Zum andern habe er der Angelegenheit aber auch keine allzu große Bedeutung geben wollen, denn Italien sei ein großes, starkes Land mit rund 42 Millionen Einwohnern, und Deutsch-Oesterreich sei eben das, was

es sei. Er hätte sich gefragt, ob es sich überhaupt lohne, zu antworten. Denn der österreichische Bundeskanzler Seipel, der so manche hervorragende Eigenschaften habe, nicht selbst das Wort genommen hätte, hätte er die Sache auch schwimmen lassen, aber heute antwortete er zum letzten Mal! Denn, wenn sich ein Vorfall sich noch einmal wiederholte, werde er die Fäden sprechen lassen, und das würde genügen!

Danach begann Mussolini eine Polemik gegen Deutsch-Oesterreich und Südtirol, die sich die Gedanken zu eigen machte, die die italienische Presse in den letzten Tagen vertreten hatte. Er meinte, eine internationale Südtiroler Frage gebe es nicht, dazu sei

die deutsche Minderheit in Südtirol gegenüber der italienischen Gesamtbevölkerung und im Vergleich zu den Millionen Deutschen in anderen Staaten zu gering. Mussolini zählte dann die „Wohlthaten“ auf, die Italien Oesterreich erwiesen haben will. Die faschistische Regierung respektiere peinlich genau alle Verträge, aber er müsse doch feierlich erklären, daß die jetzige italienische Regierung sich nicht im geringsten durch die von den früheren Regierungen Südtirol gemachten Versprechungen oder gar gegenüber Südtirol eingegangenen Verpflichtungen gebunden fühle!

Als sich der Belfall, mit dem die Kammer diese Ausführungen begleitete, gelegt hatte, behandelte Mussolini die Politik in Südtirol und leugnete jedwede schlechte Behandlung der Südtiroler ab, sagte aber kein Wort über den deutschen Privatunterricht und ebenso auch nicht über das Verbot des Religionsunterrichts in der Muttersprache. Ferner verbat sich der Ministerpräsident jede „ausländische Einmischung“ in dieser Angelegenheit, und fuhr fort:

„Wenn die antiitalienische Kampagne jenseits des Brenners fortgesetzt wird, so ist das Schicksal aller deutschen Zeitungen in Südtirol vorgezeichnet: Sie werden unterdrückt werden. Was den Druck auf die „anderssprachigen Unterthanen“ betrifft, so muß man außerdem wissen, daß noch etwa 367 deutschsprachige Beamte in Bozen und 664 in der Provinz tätig sind. Da alles dies nicht eingespart wird, werden alle diese Elemente in der nächsten Zeit vor die Wahl gestellt werden, sich entweder in andere Provinzen des Reiches oder in den Ruhestand versetzen zu lassen.“

Mussolini beendete alsdann seine Rede mit einer „letzten Warnung“ des Inhalts, daß neue Kundgebungen die Drehung der faschistischen Schraube nur beschleunigen würden. Was gingen Italien die Wahlen in anderen Ländern an. Völkerbund und Genf seien leere Hoffnungen!

Als Mussolini die Tribüne verließ, stimmte die Kammer das Faschistenlied an.

Der Eindruck der Drohrede.

Scharfe Zurückweisung durch die reichsdeutsche Presse und die öffentliche Meinung Deutsch-Oesterreichs.

Die neue Drohrede und „letzte Warnung“ Mussolinis hat in der deutschen Bevölkerung Empörung und Entrüstung erweckt. Mussolinis Rede wird gekennzeichnet durch eine brutale Mißachtung deutscher Gefühle, durch Hohn und die Ankündigung, dem Südtiroler Deutschturn neue Ketten anzulegen! Das Vertrauen zu Italien ist erneut erschüttert, denn das ist unvermeidlich, wenn Mussolini die feierlichen Zusicherungen des italienischen Königs und der italienischen Regierungen vor ihm zynisch als null und nichtig beiseite schiebt! Wenn er glaubt, auf diesem Wege Südtirol seinem ferdinandischen Charakter nehmen zu können, wird er sich grob täuschen. Der Südtiroler ist hart und zäh, stark im Willen und fest in seiner Treue zum Deutschturn. Der deutschen Bevölkerung im Reich und in Deutsch-Oesterreich aber wird sein schwer geprüfter Volkstolz so erst recht ans Herz wachsen. Die Knechtung Südtirols gereicht Italien zur Schande und — zum Schaden!

Kundgebung des Klerus zu Südtirol.

— Wien, 5. März. Der deutsche Klerus der Diözese Trient hat an den Fürstbischof Erdositz des Erzbischofs gerichtet, beim Vatikan einen neutralen und deutsch-sprechenden Bischof für Südtirol zu erbitten. In einer Konferenz der Dekane erklärten sämtliche Anwesenden, daß die Erteilung des Religionsunterrichtes in italienischer Sprache von der gesamten deutschen Geistlichkeit abgelehnt werde. Die Dekane ersuchten den Fürstbischof um Intervention beim Vatikan. Der Klerus des Dekanats Mals beschloß, sich durch kein Verbot von der Erteilung des Religionsunterrichtes in der Muttersprache abbringen zu lassen.